

Luzern, 13. Oktober 2026

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT**P 674**

Nummer: P 674
Eröffnet: 26.01.2026 / Justiz- und Sicherheitsdepartement i.V. mit Bildungs- und Kulturdepartement
Antrag Regierungsrat: 13.10.2026 / Erheblicherklärung
Protokoll-Nr.: 1180

Postulat Schärli Stephan und Mit. über die Förderung des regelmässigen Austauschs zwischen Polizei und Schülerinnen und Schülern der Oberstufe

Das Postulat fordert im Namen des Jugendparlamentes, dass das bestehende Präventionsprogramm der Luzerner Polizei verbindlich und regelmässig an allen Oberstufen, insbesondere an Kantonsschulen, durchgeführt wird. Dabei soll nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch der offene Dialog zwischen Jugendlichen, Polizei und Schulen gestärkt werden mit dem Ziel, gegenseitiges Vertrauen, Verständnis für demokratisch beschlossene Gesetze und ein respektvolles Zusammenleben zu fördern.

Unser Rat begrüsst den Wunsch der Jugendlichen nach regelmässigem Austausch mit der Luzerner Polizei. Jugendliche sollen die Polizei als Teil der Gemeinschaft erleben. Gleichzeitig kann die Polizei keinen umfassenden staatsbürgerlichen Unterricht leisten; dieser bleibt Aufgabe der Schule. Die Luzerner Polizei ergänzt diesen Auftrag mit praxisnahen Einblicken und konkreten Beispielen aus dem Alltag.

Die Luzerner Polizei führt bereits heute breit abgestützte Präventions- und Unterrichtsangebote auf allen Stufen der Volksschule durch. Diese werden laufend weiterentwickelt und aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen angepasst. Seit dem laufenden Schuljahr werden zudem die Kantonsschulen systematisch einbezogen; auch an den Berufsfachschulen wird das Angebot weiter ausgebaut. Dafür wurden im Aufgaben- und Finanzplan 2026-2029 zwei Stellen im Bereich der Jugendprävention eingestellt. Die Unterrichtseinheiten sind stufengerecht ausgestaltet und orientieren sich an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen. Sie dienen nicht nur der Wissensvermittlung, sondern ermöglichen auch Begegnung, Fragen und Austausch zwischen Jugendlichen und Polizei.

Die Rückmeldungen der Schulen sind sehr positiv. Auch die tiefen Unfallzahlen bei Kindern und Jugendlichen sowie Fortschritte in der Prävention von Drogen- und Mischkonsum weisen auf die Wirkung der kontinuierlichen Präventionsarbeit hin.

Der Austausch über Wahrnehmungen, Erwartungen und kritische Fragen ist ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit und wird bereits heute im Rahmen der Möglichkeiten gefördert. Eine flächendeckende, jährlich verpflichtende Durchführung eines zusätzlichen Unterrichtsangebots im Zyklus 3 (7. bis 9. Schuljahr) würde jedoch zusätzliche Personalressourcen erfordern. Nach erster Einschätzung wäre dafür mindestens eine zusätzliche Stelle notwendig. Dies gilt insbesondere, wenn die Themen über die polizeiliche Prävention hinausgehen und dafür speziell qualifizierte Schulinstruktorinnen und Schulinstruktoren nötig wären. Zusammen mit einem möglichen Sachaufwand rechnet unser Rat mit zusätzlichen Kosten von rund 200'000 Fr.

Unser Rat erachtet die bestehenden und geplanten Massnahmen insgesamt als gut – ein bedarfsgerechter Ausbau ist jedoch möglich. Unser Rat ist entsprechend bereit zu prüfen, in welchen Bereichen der Austausch zwischen der Luzerner Polizei und den Schülerinnen und Schülern weiterentwickelt und gezielt gestärkt werden kann. Aus den genannten Gründen beantragen wir, das Postulat als erheblich zu erklären.